

Geht täglich
nachmittags mit Ausgabe der
Sonntags- und Feiertags.

Abonnementpreis
monatlich 60 s., jährlich 720 s.
postum bei uns Haus. Durch
die Post bezogen 1.85 s.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage) durch
die Post nicht bezahlbar. Liefert
monatlich 10 s., jährlich 90 s.

Volkshlatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zeitz,
Torgau-Riebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047

Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Adresse: Volkshlatt Halle/Saale.

Telephon-Nr. 1047

Nr. 163

Halle, Freitag den 16. Juli 1897.

8. Jahrg

Aufruf

an die Genossen der Provinz Sachsen.

Partei erheben! In nicht mehr ferner Zeit stehen die Wahlen zum Reichstag bevor. Festiger denn je gewirbt wird der Kampf mit den Gegnern zu führen sein, denn es gilt, die wenigen Freiheiten, welche wir noch besitzen, gegen die Vergewaltigungsbestrebungen der Junker zu verteidigen. Auf Erfolg können wir aber nur rechnen, wenn wir uns schon jetzt darauf vorbereiten und planmäßig das große Agitationsfeld bearbeiten.

Ich mache Euch deshalb den Vorschlag, Sonntag, den 29. August in Halle a. S. einen Parteitag für die Provinz Sachsen abzuhalten.

- Als vorläufige Tagesordnung schlage ich vor:
1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen.
 2. Aktion und Wahl eines Central Wahlkomitees für die Provinz Sachsen.
 3. Die Presse.
 4. Die bevorstehenden preussischen Landtagswahlen und die Stellung der sozialdemokratischen Partei zu denselben.
 5. Beschlüsse.

Ich erlaube die Parteigenossen, umgehend dazu Stellung zu nehmen und sich zu meinen Vorschlägen zu äußern.

H. Schade,
Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei für Halle und den Saalkreis (Höbergasse 1).

Alle Parteiblätter der Provinz werden um Abdruck gebeten.

Unwissenheit, die Mutter der Furcht und Feigheit, des Glens.

Das mühen bereits die alten Griechen. Aber auch jetzt tritt das deutlich hervor, wenn man sich nach den Stüben der „Kleinen, aber überaus einflussreichen“ Partei fragt. Die Macht des Junkertums ist darum so groß, weil sie eine doppelte ist. Die an Zahl so geringe Klasse hat einmal den rücksichtlosen Teil der ländlichen Bevölkerung hinter sich und zweitens weiß sie sich stets durch ihre Intrigen in die Regierung einzubringen. Durch diese Verbindung zweier Machtfactoren wird sie der Freiheit und dem allgemeinen Fortschritt so gefährlich.

Die schmale Seite der Wolltulle, die zur Zeit die Junkerschaft einnimmt, befindet sich so, wo sie auf den Herd von der ländlichen Bevölkerung angewiesen ist. Wenn die ländliche Bevölkerung einmal mit der Heresitologie verlagert, und sei es auch nur zum Teil, dann ist es auch mit dem Einflusse des Junkertums in den Regierungskreisen zu Ende. Denn dort hat nur der etwas zu bedeuten, der auch „etwas bieten“ kann.

Vermittels der Brille, die noch immer mit der Unwissenheit zusammenhängen, haben die Junker es verstanden, das arme Landvolk in mittelalterlicher Unwissenheit und Abhängigkeit zu halten. Das geht so weit, daß in vielen Gegenden das Landvolk den „gütigen Herrn“ für seinen natürlichen Vorgesetzten und Beschützer hält. Daher die reaktionären Maßregeln. Man hat ganz vergessen, daß diese angeblichen Berater und Beschützer die Nachkommen jenes Knechtentums sind, unter dem die heutigen Bauern so schwer zu leiden hatten.

Die Unwissenlichkeit bringt es heute noch mit sich, daß dreizehnte Jahrhunderte die Gesetze Trost bieten können. Obwohl bestimmt ist, daß alle Kinder die Volksschule besuchen sollen resp. müssen, kommt sie nicht anderswärts geübt unterrichtet werden. So jetzt uns das Heresitologie heute noch vielfach ungenutzt wird. Im Deutschen Reich fand man unter den Rekruten 1876 noch 3311, die ihren Namen nicht leserlich schreiben, oder in freier Sprache geübend lesen konnten. Uebrigens vermehrte die Zahl sich rasch. 1891 waren es noch 1035, 1892 noch 824, 1893 noch 715, 1894 noch 617, 1895 noch 562 und 1896 noch 374.

Daß die Leute nicht lesen und nicht schreiben können (man nennt sie An-alphabeten, d. h. „ohne A. B. C.“), kommt auf dem Lande meistens daher, daß sie als Kinder und Jugendlichen dem und von der Schule fern gehalten werden. Was bei dem Ergänzungsdienst für das Meer an An-alphabeten zum Vorschein kommt, dabei natürlich nur einen kleinen Teil der Unwissenheit der Leute, die nicht lesen und schreiben können. Rechnet man das wöchentliche Gehalt dazu, so kommt eine stattliche Anzahl heraus, welche genau festzustellen von großem Interesse wäre.

Das An-alphabetentum ist, wie wir gesehen, in schneller Abnahme begriffen, und zwar einmal dadurch, daß der Schulzwang denn doch mit immer größerem Nachdruck

durchgeführt wird, sodann durch das Einbringen der Industrie in die ländlichen Gegenden, auch die abgelegenen, durch das der „patriarchalische“ Unflug zerstört wird.

Man kann aber leicht sehen, daß die An-alphabeten, also die rücksichtlosen Elemente der Nation, die allem Gedrückten und Geschriebenen gänzlich unzugänglich sind, in jenen Gegenden am stärksten sind, wo die politische Herrschaft des Junkertums wuchert.

In Ostpreußen gab es 1895 unter den Gestellungspflichtigen noch 132 An-alphabeten, die sich im Jahre 1896 auf 96 herabgemindert haben. In Westpreußen waren es 1895 noch 116, die aber im folgenden Jahre auf 58 zusammenschmolzen. In Schlesien waren es 1895 noch 93, im Jahre 1896 nur noch 49.

Diese drei Provinzen sind die Hauptstütze des Junkertums. Wenn man die Provinz Brandenburg (mit Berlin) noch anführen will, so fand man dort 1895 beim Kriegsdienst 11 An-alphabeten vor, die sich 1896 auf 22 erhöheten. Die Ursachen dieser merkwürdigen Erscheinung entziehen sich unserer Kenntnis. Sie ist auch vollkommen vereinigt. Die Provinz Pommern, die sich vom Junkertum mehrfach abzuwenden beginnt, zählte 1895 noch 12 An-alphabeten unter den Rekruten; 1896 waren es nur noch 4.

Gelegentlich An-alphabeten ist auch die Provinz Polen, deren Junkertum sich vom ostpreussischen nur dadurch unterscheidet, daß es politisch gestirnt ist. 1895 fand man unter den Rekruten dazwischen noch 104, die nicht lesen und schreiben konnten, voriges Jahr noch 106, den höchsten Prozentsatz in Deutschland.

Die westlichen und südwestlichen Provinzen Preussens wissen alle bessere Zustände auf. In Schleswig-Holstein fand sich kein An-alphabet vor, in der Provinz Sachsen 5, in Hannover 5, in Westfalen 2, in Hessen-Nassau 1 und im Rheinland gar keiner. In ganz Preußen waren es 34.

Das Königreich Bayern weist nur 9 An-alphabeten auf, obgleich die dortige Pflanzzeit sich unmaßiglich beschwert, daß die Jugend „zu viel lernen“ müsse, und obgleich man in den schwarzen Landestellen überhaupt von moderner Bildung nicht viel wissen will. Das Königreich Sachsen hatte 1, Württemberg 3, Baden, Hessen u. keine An-alphabeten beim Kriegsdienst von 1896 aufzuweisen. Je einer kam aus Mecklenburg, Braunschweig, Lippe und die Reichslande. In dem Gebiet der drei Hinterpforte ward kein An-alphabet mehr vorgefunden, während Hamburg 1895 noch 9 und Lübeck noch 1 aufzuweisen hatte.

Nehmen wir nun an, daß noch 60 Jahrgänge der Gesamtbevölkerung vorhanden sind, die sich am politischen Leben beteiligen, und nehmen wir ferner an, daß die Zahl der nicht zur Schule gelangenden Kinder früher eine enorme war — man denke an die dreifache und vierfache, auch fünfzigfache Zahl! — so kommt man zu dem Schluss, daß das An-alphabetentum noch eine bedeutende Schicht in der Bevölkerung ausmacht. Die Zahl der An-alphabeten bei der Rekrutenabhebung in den einzelnen Distrikten zeigt uns deutlich, wenn sie hoch ist, an, daß es dort noch An-alphabeten aus früheren Jahrgängen in Masse giebt.

Damit ist also der positive, siffermäßige Nachweis geliefert, daß das Junkertum nur da wurzelt, wo die Bevölkerung die rücksichtlosen Elemente in sich schließt, wo Unwissenheit und Glend einander die Hand reichen. Von einer kleinen Klasse, die sich auf einen kleinen Untergrund stützt, soll die ganze übrige Bevölkerung sinabar gemacht, die Intelligenz, die Bildung, die Wissenschaft, die Gesetzmäßigkeit soll beherrschet werden von einer auf Unwissenheit und Unbildung sich stützenden Macht. Man sollte meinen, solche Zustände seien unmöglich, wenn man nicht eben wüßte, daß wir in Deutschland den Feudalismus noch nicht ganz überwunden haben, sondern unter dem Banner von dessen Überresten stehen. Nachträglich redet man sich ein, welche geistigen Fortschritte in der Welt gemacht werden, und schließlich herrscht in Deutschland eine Gesellschaft, die ohne die krafllose Unwissenheit der von ihr beherrschten Masse nicht bestehen kann.

Indessen kann dieser schmachvolle Zustand denn doch nicht von Dauer sein. Die rapide Abnahme des An-alphabetentums beweist uns, daß auch in jenen düsternen Regionen sich ein Umsturz vollzieht und daß die Unwissenheit nicht länger mehr triumphiert wird.

Der Anstreich eines bairischen Zentrumspräsidenten: „Die Dummheit ist mir schon, aber die Weisheit ist mir al!“ hat heute schon nur noch eine bedingte Gültigkeit. Wie die bisher rücksichtlosen Wählermassen in der fünfjährigen Legislaturperiode geworden sind, daß muß sich erst herausstellen, und die Wahlen können Ueberraschungen bringen, an die noch niemand gedacht hat.

Der bei jeder Gelegenheit zu Tage tretende Uebermut des Junkertums kann und nicht in mindestens impimenten. Der gleichen pflegt häufig vor dem Fall zu kommen. Auch wenn

momentan die Herren nicht am Ziele zu sein scheinen, so trauen wir un'rem Volke doch nicht zu, daß es sich auf die Dauer von dieser Klasse gänzlich und beherrichen läßt. Die Anzeichen, daß man das Treiben derselben fast bekommt, mehren sich ohnehin von Tag zu Tag.

Liebesgaben, hohe Lebensmittelpreise, Zollfreie, Gefühlsordnung, Ausnahmezüge und Auspöwerung des Landes — das ist das schöne Programm der Junkerschaft, das hinter „nationalen“ Phrasen und hinter der „Notlage der Landwirtschaft“ versteckt wird. Derartige läßt sich aber kein Volk auf längere Zeit bieten und auch das deutliche nicht — bei al' seiner Gummigkeit!

Die Zeit wird es ja lehren, und zwar die nächste.

Religion ist Privatsache.

Kosleger, der tiefreligiöse ostreichische Volksschriftsteller, schreibt im letzten Hefte des Heimgarten: „Heute wird das in manchen Kreisen herrschende Schlagwort: „Religion ist Privatsache.“ Rastlos kritisch. Was soll sie denn anders sein? Soll sie offiziell sein wie die Militärpflicht und das Steuerzahlen? Sie kann so wenig offiziell erzwungen werden wie etwa der Patriotismus oder der Gehorsam oder die Ehe. Der Patriotismus kann öffentlich propagiert, der Gehorsam in den Schulen angelehrt werden, das ändert nichts daran, daß sie Privatsachen sind. Die Ehe wird amtlich erteilt, öffentlich anerkannt, deshalb hört sie nicht auf, Privatsache zu sein. Die Religion soll in der Schule gelehrt, im Leben geübt werden, trotzdem bleibt sie Privatsache, das heißt ungenügende Herzensangelegenheit einer Person. Und dort, wo sie das nicht ist, wo sie aus äußeren Gründen vorhanden ist, etwa aus angewohntem Herkommen, aus gesellschaftlichen Rücksichten, aus politischen Bestrebungen, da ist sie nicht mehr Religion, da ist sie für nur noch eine innere Gottesstärkung.

Religionsfreiheit ist deshalb nicht ein Mischchen der Religion als vielmehr ein Schlag derselben. Unter periodisches Verhältnis zu Gott ist gewiß gelehrt, so wie ein Privatsachenum geschäft ist. Niemand hat das Recht, was die ursprüngliche, die angebotene oder anerzogene Religion gewollt hat, den Herzen zu ziehen oder eine andere dahin zu verpflanzen. Niemand hat das Recht, unter religiösen Geheiß öffentlich zu verketen, so wenig wie unter Ehe. Die Religion ist Privatsache wie ein erworbenes Gut oder wie die persönliche Ehre und ist wie diese öffentlich geschützt. Was ist denn nun so Schlimmes daran, daß Religion Privatsache ist? Soll diese innerliche, stille, bestehende Weisheit denn aggressiv werden? Soll sie politisch dazu mißbraucht werden, um Völker zu dirigieren, Staaten zu führen, Kriegen zu weihen Herrschern zu machen?

Um des Himmels willen, was wäre das für ein religiöser Zwang! Was wäre das für ein ungläubiges Verleugern oder schandvolles Entstellen des Christentums oder einer anderen Religion, die ja auf das asketische Güterreich, auf das tiefsterste Gemüthlich ihr einziges Gewicht legt! Einer Religion, die den Verenden das einfache Kammerlein schenkt und deren Reich nicht von dieser Welt ist! Eine christliche Sache möchte ich dem christlichen Volke. Sie macht aber die Religion noch lange nicht zu einer offiziellen Sache oder zu einem Zwange. Denn mit Brauch kann man dem ungen Glauben, der sich in der christlichen Empfindung nicht bet; man nicht Herzensfrömmigkeit aus ihrer christlichen Einfachheit, indem man sie auf öffentlichen Kampfplatz stellt, man erfindet sie, indem man ihre Gewalt anhat. Und was zurück bleibt, es ist das abentheuerliche Pharisäertum, das aus irgendwelchen weltlichen Vorurteilen Religion hündelt. Nur dort, wo Religionsfreiheit, das heißt die Religion des Einzelnen, wirklich freiheitlich angegriffen wird, kann aus reiner christlicher Frömmigkeit sich ein Kampfgeist emporheben, in dem — die Wärrer entstehen! Wer jedoch unter der Fahne „Religion“ absieht, um politische Parteien zu gründen oder gar Länder zu unterjochen, das stelle ich zu jenen heillosen Tyrannen, die ausjagen, um mit List und Gewalt die Welt zu erobern.

Tagesgeschichte.

Zum vorschüssigen Dreiklassenwahlsystem. Wird nun das preussische Dreiklassenwahlsystem abgeändert oder nicht? Die Berl. Pol. Nachr., die als Organ des Finanzministeriums gelten, hatten für die nächste Landtagsanstellung eine Vorlage über die Reform des Wahlrechts angekündigt. Die als offiziös angelegte Nord. Allg. Zw. erklärte entgegengelehrt, daß ein maßgebender Stelle hieron nichts bekannt sei. Hierauf erwidern die Berl. Pol. Nachr.: „Es scheint überhoben worden zu sein, daß die Staatsregierung sich ausdrücklich verpflichtet hat, die Wirkungen der Steuerreform auf das Wahlrecht in Staat und Gemeinde zu unteruchen und aus den Ergebnissen dieser Untersuchung gegebenenfalls die entsprechenden gesetzgeberischen Konsequenzen zu ziehen.“

